



Holzackschnitzel sollten als Energieträger beim Nahwärmenetz in Höhefeld zum Einsatz kommen. Das Vorhaben ist gefährdet, weil Fördergelder aus Berlin notwendig sind.

BILD: DPA

Nahwärmeprojekte auf der Kippe

Energiewende: Stadtwerke Wertheim können ohne Fördermittel aus dem Klima- und Transformationsfonds die Vorhaben in Höhefeld und Nassig nicht umsetzen

Wegen der unsicheren Haushaltsslage in Berlin stehen Wertheimer Nahwärmeprojekte auf der Kippe. Auch das geplante Hallenbad ist betroffen.

Von Gerd Weimer

Wertheim. Es sind zwei Vorzeigeprojekte in der Main-Tauber-Stadt, was die Wärmeversorgung angeht. In Höhefeld und Nassig sind Nahwärmenetze geplant. Ohne Fördermittel aus dem Bundeshaushalt können sie kaum umgesetzt werden. Doch ob die Zuschüsse aus Berlin eintreffen, ist derzeit unsicher.

Das Nassiger Projekt soll 2025 im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt realisiert werden. Die Planungen für das Nahwärmenetz in Höhefeld – vorgesehen ist die zentrale Versorgung über ein Holzackschnitzel-Kraftwerk – sind weit fortgeschritten. Im Grunde könnten die Stadtwerke Wertheim bald loslegen und mit dem Projekt in diesem Jahr starten. Allerdings fehlt bisher ein wichtiger Baustein für die Finanzierung: 40 bis 45 Prozent der Investitionskosten von 2,7 Millionen Euro sollten aus Berlin kommen.

Zur Erinnerung: Mit seinem Urteil von Mitte November hat das

Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung quasi untersagt, Kreditermächtigungen über 60 Milliarden Euro aus Zeiten der Pandemie auf den Klima- und Transformationsfonds zu übertragen. Aus diesem Fonds allerdings speisen sich einige Förderprogramme, mit denen die Bundesregierung die Energiewende voranbringen wollte.

Würde das Doppelte kosten

Dies betrifft auch Projekte zur Umsetzung von Nahwärmenetzen. Bei diesem kommen die Gelder aus dem Programm Bundesförderung für effiziente Wärmenetze. Der Förderpotopf des Bundesministeriums für

Wirtschaft und Klimaschutz soll Anreize für Wärmenetzbetreiber schaffen, in den Neubau von Wärmenetzen mit hohen Anteilen an erneuerbaren Energien zu investieren und bestehende Netze zu dekarbonisieren, also den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids zu vermeiden.

Ohne die Fördergelder aus diesem Topf sind Nahwärmenetze wie in Höhefeld aus finanzieller Sicht nicht umsetzbar, macht Stadtwerke-Chef Thomas Beier auf FN-Nachfrage klar. „Wenn die Förderung wegfällt, müsste ich den Höhefeldern sagen, dass wir das Nahwärmenetz gerne umsetzen können. Dann kos-

tet es allerdings das Doppelte“, sagt Beier.

Statt 12,1 Cent pro Kilowattstunde müssten die Haushalte neben den Kosten für den Anschluss und der jährlichen Grundgebühr von 60 Euro demnach rund 24 Cent als Arbeitspreis zahlen. Dies sei im Vergleich zu Erdgas- oder Ölheizungen nicht konkurrenzfähig. „Das funktioniert nicht“, stellt Beier klar.

Derzeit keine Bewilligung

Das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nimmt derzeit wegen der Haushaltssperre für den Klima- und Transformationsfonds keine Förderanträge an.

„Derzeit kann keine Bewilligung von neuen Vorhaben erfolgen“, heißt es auf der Internet-Seite der Behörde. Mit den Projekten loszulegen, ohne eine Zusage erhalten zu haben, macht keinen Sinn. „Das wäre förderschädlich“, so Thomas Beier. Es würde also auf gar keinen Fall Geld fließen.

Gespannt wartet man also auf weitere Entscheidungen in Berlin. Kevin Leiser (SPD), Betreuungsabgeordneter für den hiesigen Wahlkreis, verweist auf eine Presseerklärung der Bundesregierung vom 19. Dezember: „Wichtige Ausgaben zur Transformation der Wirtschaft und zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger beispielsweise bei der Modernisierung der Gebäudeenergie bleiben bestehen“, heißt es dort.

Entscheidung in zwei Wochen

Die Regierung informiere derzeit die Abgeordneten des Haushaltsausschusses über Details, was Art und Umfang der Programme angeht. Am 19. Januar werde es eine Sitzung des Ausschusses geben, bei der die Haushaltsposten final besprochen werden sollen. In gut zwei Wochen also dürfte sich entscheiden, ob die zwingend notwendigen Fördermittel für das Nahwärmenetze in Höhefeld und Nassig fließen können. Für den 2. Februar sei dann die endgültige Verabschiedung im Bundestag vorgesehen, so Kevin Leiser.

Auch Hallenbad von Fördermitteln aus Berlin abhängig

■ Neben den Nahwärmeprojekten ist auch das **neue Hallenbad** ohne Fördermittel aus Berlin nicht umzusetzen. Für den Neubau rechnet die Stadt mit Kosten von 16,5 Millionen Euro.

■ Das Rathaus hat Gelder aus dem Bundesprogramm **„Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“** beantragt (wir berichteten). Eigentlich sollte darüber im Haushaltsausschuss des Bundestages im Dezember entschieden werden. Dann kam das Karlsruher Urteil.

■ Laut Kevin Leiser sieht ein „Großvorschlag der Bundesregierung“ zur Deckung der Haushaltslücke vor, dass für das Programm **keine Mittel** mehr vorzusehen sind.

■ Allerdings würden die Haushaltspolitiker des Bundestags zwischen der Ausschusssitzung am 19. Januar und der Bundestagsitzung Anfang Februar die Situation noch einmal prüfen. Es gebe derzeit einen **Versuch**, **„Mittel wieder verfügbar zu machen“**. In diesem Fall müsste aber an anderer Stelle gestrichen werden.

■ Sollten dann doch Gelder zur Verfügung stehen, werde der Haushaltsausschuss danach über die Vergabe entscheiden. Das Programm sei aber ohnehin **„vielfach überzeichnet“**, gibt Leiser zu bedenken.

■ Der Abgeordnete verweist darauf, dass für die Förderung des Sportstättenbaus der Gemeinden eigentlich die **Länder zuständig** seien. Der Bund sei vor ein paar Jahren eingesprungen, weil die Länder zu wenig Geld zur Verfügung gestellt hätten. *wei*